

Lieber Peter,
Der größte Ärger dieser Woche waren zweifellos die Nachrichten aus einem winzigen Land der Europäischen Union, aus dem Großherzogtum Luxemburg: Dort hat es die Regierung multinationalen Konzernen über viele Jahre hinweg ermöglicht, Milliarden Gewinne nahezu ohne Abzug an den Finanzämtern jener Länder vorbeizuschmuggeln, in denen sie erwirtschaftet wurden. Und in denen diese Konzerne selbstverständlich die Infrastruktur in Anspruch nahmen.

Heute – ja wirklich heute! wird hier in München für diese Steueroase geworben! Verantwortlich für diese Steuer-Vermeidung der reichsten Konzerne war – zunächst als Finanzminister und anschließend lange Zeit sogar als Regierungschef – kein anderer als Jean-Claude Juncker, der Spitzenkandidat Eurer Europäischen Volkspartei und jetzige Präsident der Europäischen Kommission.

Was meinen Adrenalinspiegel wirklich in die Höhe getrieben hat, war aber am 12. Februar das Interview, das der heutige Finanzminister des Großherzogtums der „Süd-

deutschen Zeitung“ gegeben hat. Dreister geht's nimmer!

Den Unterschied zwischen normalen Ländern auf der einen und Steueroasen mit Briefkastenfirmen auf der anderen Seite erklärt er so: „Länder können sich spezialisieren – manche konzentrieren sich auf den Export von Autos und Maschinen, andere auf Finanzdienstleistungen.“ Um welche „Leistungen“ es da geht, sagt er auch ganz kalt-schnäuzig: „Viele Firmen haben in Luxemburg eine Gesellschaft, die Kredite intern vergeben. Dafür braucht man nicht viel Personal. Das ist natürlich ganz anders, wenn man Autos baut.“ Mit anderen Worten: Konzerne können in Luxemburg einen Briefkasten aufhängen und dieser „Firma“ dann ihre Gewinne zuschieben, die sie als Kredit zurück-erhalten. Und die letzte Ohrfeige für alle Steuerzahler des Kontinents: „Für die Öffentlichkeit ist die Information natürlich nicht zugänglich. Kein Mensch will seine Steuererklärung in der Zeitung lesen, das gilt auch für Unternehmen.“

Besonders unerträglich wird es, wenn solche Praxis auch noch mit dem marktwirtschaftlichen Prinzip des Wett-

Briefwechsel




zwischen
Peter Gauweiler und Christian Ude

Was bleibt da noch vom „großen Europäer“?

Christian Ude (SPD) und Peter Gauweiler (CSU) liefern sich jeden Donnerstag an dieser Stelle einen Schlagabtausch. Heute: Christian Ude.

bewerbs geadelt werden soll. Was leisten denn die Oasen? Nichts als Platz für Briefkästen! Und dafür kassieren sie von fernen Konzernen einen für Zwergstaaten durchaus erfreulichen Obolus und betrügen die tatsächlichen Wirtschaftsstandorte um die Finanzierung ihrer Staatsaufgaben.

Der Repräsentant dieses Modells ist nun also Chef der Kommission. Genauso gut

könnte man ja einen Repräsentanten des Londoner Financial Districts zum Finanzkommissar machen! Aber halt! Das hat Jean-Claude Juncker auch schon getan.

Und dabei haben wir alle so große Hoffnungen darauf gesetzt, dass ein stärkerer Einfluss des Europa-Parlaments das Ansehen und die Glaubwürdigkeit der Kommission stärken könne! Und wir alle –

das gilt durchaus auch für mich persönlich – haben nach persönlichen Begegnungen Jean-Claude Juncker nicht nur für einen kultivierten und charmanten Mann, sondern auch für einen großen Europäer gehalten. Was bleibt davon noch übrig? Kultiviert und charmant ist er sicher immer noch. Aber was er mit seiner regierungsamtlichen Beihilfe zur Steuervermeidung allen anderen europäischen Ländern angetan hat, wird seine Rolle und vermutlich auch die gesamte Amtszeit überschatten.

Immerhin gab es diese Woche aber auch ein erfreuliches europäisches Machtwort. Du erinnerst Dich an unseren Briefwechsel zu Beginn dieses Jahres, als es um die Freizügigkeit und ihre Grenzen ging. Ich hatte am 16. Januar formuliert: „Europa will die freie Wahl des Arbeitsplatzes gewähren, nicht aber allen Europäern die Wahl der besten Sozialleistung. Auf diese Position müsste sich doch eine Große Koalition verständigen können.“ Genauso hat jetzt der Europäische Gerichtshof entschieden und festgestellt, dass eine Einwanderin, die gar keine Arbeit

aufnehmen möchte, auch keinen Anspruch auf Hartz IV hat. Richtig. Grenzfälle müssen noch von den Gerichten entschieden werden, aber bei denen sind diese Fälle auch wesentlich besser aufgehoben als im Parteienstreit, den wir beim letzten Jahreswechsel erleben mussten.

Noch etwas: Ich fand Deinen letzten Brief mit der Verabschiedung Deines Freundes und Koautors Klaus Bölling sehr bewegend. In der Summe ergeben Eure Artikel ein faszinierendes Gegenwartsgemälde – so viel unterschiedlichste Subjektivität, dass sich die Summe dem unerreichbaren publizistischen Ziel der Objektivität schon bemerkenswert nähert.

Da wir in wenigen Tagen schon den fünften Band unseres Briefwechsels im Münchner Merkur präsentieren können, erlaube ich mir die Anregung: Könnte man nicht auch Eure Gespräche mit den Akteuren der nationalen und internationalen Zeitgeschichte in Buchform vorlegen? Eswäre – gerade weil nicht jeder Satz für die Bibliothek geschrieben wurde – von großem Interesse.

**Herzlich
Dein Christian**